

## ÖSTERREICHS OSZE-VORSITZ

## Ganz gut gelungen

Manuela Honsig-Erlenburg

Ende des Jahres übergibt Österreich den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) an Italien. Die Bilanz Wiens kann man als ganz gut gelungen bezeichnen. Zentraler Erfolg war sicher die Beilegung der OSZE-Führungskrise Mitte des Jahres. Der russische Außenminister Sergej Lawrow beendete – medienwirksam beim informellen Ministertreffen in Mauerbach – nach monatelanger Blockade den russischen Widerstand gegen ein Topjobpersonalpaket. Nebenbei schaden die in Mauerbach geschossenen Fotos dem gerade anlaufenden Wahlkampf von Außenminister Sebastian Kurz nicht. Auch für den Wahlkampf von Nutzen war wohl die Kurz'sche Aushängeinitiative „Kampf gegen Radikalisierung“, die in der OSZE selbst kaum Nachhall fand.

Zumindest als bescheidenen Teilerfolg kann die Verlängerung und Stärkung der OSZE-Beobachtertruppe in der Ukraine gewertet werden, auch eine gemeinsame Erklärung zum Transnistrien-Status berechtigt zu Hoffnungen. Die unüberwindbare Kluft zwischen Ost und West in der verfahrenen Ukraine-Krise, die sich auch vergangene Woche beim OSZE-Ministerrat in Wien manifestiert hat, bleibt freilich auch für Italien eine zentrale Herausforderung.

Als weitere Hypothek wird der Budgetstreit innerhalb der Organisation übergeben. Massiv beeinträchtigt werden könnte Italiens Vorsitz durch innenpolitische Turbulenzen, die dort nach der Wahl im Frühjahr zu erwarten sind.



Zukünftige Ankündigungspolitik

derStandard.at/Caroons

## FLÜCHTLINGSKRISE IN GRIECHENLAND

## Athens Verantwortung

Markus Bernath

Zwanzig Monate ist das Abkommen zwischen der EU und der Türkei alt, das den Europäern die Flüchtlingskrise vom Hals schaffen sollte. Umstritten war es immer. Und jetzt beginnt es zu wackeln.

Von der Mitte aus gesehen, von Berlin oder Wien aus, soll bloß Ruhe im Karton sein. Bitte nie wieder Kolonnen von Flüchtlingen auf Straßen und in Zügen auf dem Weg in den reichen Teil der EU. Vom Rand aus gesehen aber, von Lesbos oder Chios aus, soll nun endlich Schluss sein. Bitte nie wieder Gefangeneninsel und Abladeplatz von Asylsuchenden für den großen Rest Europas.

Um die geografische Ungerechtigkeit zu lindern, haben die EU-Staaten ziemlich tief in die Tasche gegriffen. Mehr als eine Milliarde Euro sind seit Beginn des massiven Flüchtlingsstroms 2015 nach Griechenland geflossen – die Hälfte an den Staat, die andere Hälfte an Hilfsorganisationen. Der Flüchtlingshandel mit der Türkei im März 2016 hat den Zustrom nicht gestoppt, aber stark verringert. All das um den Preis überfüllter Lager, in denen Menschen festgehalten werden, bis sie aufgeben und sich freiwillig in die Türkei zurückbringen lassen.

Die Verantwortung für inakzeptable Lager und langsame Asylentscheidungen trägt vor allem Griechenland. Mit der Verlegung von 5000 Menschen aufs Festland macht die griechische Regierung den Winter in den Lagern erträglicher. Sie lockt aber auch neue Flüchtlinge auf die Inseln.

## SALZBURGER BÜRGERMEISTERWAHL

## SPÖ-Wähler zurückholen

Thomas Neuhold

Wenn man um knapp 300 Stimmen den Bürgermeisteressel einer Landeshauptstadt verliert, ist das bitter. Vor allem dann, wenn man wie die Salzburger Sozialdemokraten einen durchaus ambitionierten Wahlkampf geführt hat. Statt des jahrzehntelangen Spardogmas versuchte SPÖ-Spitzenkandidat Bernhard Auinger für die Stadt und ihre Bewohner wieder ein einigermaßen sozialdemokratisches Programm anzubieten: schienengebundene Öffis gegen den Verkehrsnotstand, kommunaler Wohnbau für leistbareren Wohnraum, Investitionen in Schulen und in die Kinderbetreuung.

Die Sozialdemokraten an der Salzach haben mit vielem gebrochen, was in der Vergangenheit die SPÖ-Politik in Stadt, Land (und Bund) ausgemacht hat. Statt sich in den Parteihäusern und Ämtern zu verschanzen, ist man wie einst von Haustür zu Haustür gegangen. Die Partei ist wieder gerannt, der Schmutzkübel blieb auch zu Hause.

Dass es nicht gereicht habe, sei an der geringen Wahlbeteiligung in den SPÖ-Bezirken gelegen, analysiert Auinger. Im Klartext: Zu viele der potenziellen Wähler blieben den Urnen fern. Trotzdem hat aus Sicht der SPÖ die Richtung wohl gestimmt: Der in der Öffentlichkeit unbekanntere Auinger kam ganz knapp an den geschäftsführenden Vizebürgermeister von der ÖVP heran. Für die Frage, wie man Wähler zurückholt, könnte der Salzburger Wahlkampf noch für manche SPÖ-Organisation zum Vorbild werden.

## Die Insel der Eingenebelten

Mit dem Nein zum absoluten Rauchverbot wird eine unselige Debatte bloß verlängert

Eric Frey

Am Ende ging es vor allem ums Prinzip: Die FPÖ hatte sich bei ihrem Nein zum absoluten Rauchverbot in der Gastronomie so tief eingegraben, dass sie ihr Gesicht verloren hätte, wäre die beschlossene Regelung einfach beibehalten worden. Doch der Kompromiss, auf den sich die Koalitionäre in spe nun offenbar geeinigt haben, bringt eine Verschlechterung für fast alle – sogar für viele Wirt, für deren Interessen die Blauen angeblich kämpfen.

Das längst beschlossene Totalverbot für Zigarettenkonsum hätte in einigen Monaten nicht nur zu einer deutlichen Verbesserung der Luftqualität und der Gesundheitsstandards geführt, sondern auch zu mehr Rechtssicherheit. Kein Wirt hätte sich mehr fragen müssen, ob er die Räume richtig angeordnet hat, ob die Türen dicht genug sind – und er im Zweifel Anzeigen von Nichtrauchersheriffs fürchten muss. Vor allem würden Kellnerinnen und Kellner endlich den gleichen Gesundheitsschutz genießen wie alle anderen Arbeitnehmer in diesem Land.

Auch für Österreichs internationale Reputation wäre der Schritt von Vorteil gewesen. Derzeit gilt das Land zwar als Geheimtipp für die schwindende Zahl kettenrauchender Touristen, steht aber sonst als Relikt aus dem vergangenen Jahrhundert da. Das schlägt sich auch in der besonders hohen Zahl jugendlicher Raucherinnen und Raucher nieder. Hier ist Österreich europäisches Schlusslicht.

Zumindest beim Jugendschutz wollen ÖVP und FPÖ nun nachschärfen – kein Zutritt zu Raucherräumen für Jugendliche unter 18. Aber wer dieses Land ein wenig kennt, kann daran zweifeln, ob in den Gasthäusern wirklich irgendjemand Ausweise rigoros kontrollieren wird. Und wenn das Rauchverbot in Autos bei mitfahrenden Jugendlichen genauso konsequent durchgesetzt wird wie das Handyverbot am Steuer, dann wird das kaum einer jungen Lunge helfen.

Den größten Grund zum Ärger haben jene Gastronomen, die in Erwartung des kommenden Rauchverbots erneut umgebaut haben. Bei ihnen kann man nur hoffen, dass sie jetzt bei ihrer Entscheidung bleiben und ihre Lokale weiterhin rauchfrei halten. Erschwert wird manchen diese Wahl aber dadurch, dass die kommende Regierung akzeptieren will, dass nun auch größere Einraumlokale sich für

eine Raucherzone entscheiden. Die Toleranzgrenze wird um 50 Prozent erhöht – und absurderweise mit dem Hinweis auf die Praxis in Berlin gerechtfertigt. Warum greift man nicht auf das Vorbild Bayern zurück, wo seit Jahren in der Gastronomie nicht mehr geraucht werden darf?

Dass Österreich auch in zehn Jahren noch Europas Insel der Eingenebelten sein wird, ist unwahrscheinlich. Der Zug der Zeit führt weg vom Rauchen, der tödlichsten Unsitte der modernen Gesellschaft, und wird auch an unseren Grenzen nicht haltmachen. Ein absolutes Rauchverbot hätte die unseli-

ge Debatte beendet. So aber müssen sich Wirt weiterhin mit unklaren Regelungen, zornigen Gästen und unsicheren Aussichten herumschlagen.

Und sollte sich die FPÖ in einem anderen Punkt durchsetzen, dann könnte auch diese Regelung wieder fallen. Eine rauchfreie Gastronomie wäre nämlich ein passendes Thema für eine Volksabstimmung. In Bayern ging ein solches Referendum 2010 mit 61 Prozent gegen den Glimmstängel aus. Auch in Österreich stellen Nichtraucher die überwältigende Mehrheit – und wollen nicht mehr von stinkenden Schwaden belästigt werden.

## KOPF DES TAGES

## Wiener Mischung mit Hang zu spitzem Humor



Rektorin Eva Blimlinger wird Präsidentin der Universitätenkonferenz.

Foto: APA

Sie sei eine echte „Wiener Mischkulanz“, in der quasi die Geschichte des 20. Jahrhunderts stecke, erzählt Eva Blimlinger, die ab Jänner 2018 Präsidentin der Universitätenkonferenz (Uniko) sein wird. Ein Großvater der Rektorin der Akademie der bildenden Künste stammte aus Böhmen, einer aus dem damaligen Maria-Theresiopol/Subotica im heutigen Serbien, eine Großmutter kam aus Mähren und eine, wie es sich für ein Wiener Kindl gehört, aus Wien.

Da lag es fast auf der Hand, Geschichte zu studieren. Die und Germanistik für Lehramt absolvierte Blimlinger, um danach gleich im Unibereich anzudocken – als Gleichbehandlungsbeauftragte des Uniko-Vorgängers, der „Rektorenkonferenz“. Die männliche Bezeichnung reichte damals, gab es 1991 doch überhaupt nur 1,9 Prozent Professorinnen (aktuell knapp 24 Prozent), geschweige denn eine Rektorin. Auch das hat sich geändert, mittlerweile werden sieben der 21 Unis in der Uniko von Frauen geleitet, seit 2011 gehört Blimlinger als Akademie-Chefin dazu.

Davor war sie u. a. von 1999 bis 2004 Forschungskordinatorin der Historikerkommission der Republik Österreich und dann bis 2011 an der Uni für angewandte Kunst Wien Koordinatorin für Kunst- und Forschungsförderung.

Blimlingers familiäre Verbindung zur Geschichte ist auch eine buchstäbliche: Opa Josef Gerö, ein Jurist, der die KZs Dachau und Buchenwald überlebte, war nach dem Krieg im Kabinett Raab/Figl parteiloser Justizminister – und ÖFB-Präsident, der seiner Enkelin seine Fußballleidenschaft vererbte. „Ich bin Rapidlerin“, beschreibt die energiegelolle 56-Jährige, die sich selbst „viel Humor, der manchmal aber auch sardonisch bis spitz ist“, bescheinigt, eine Familientradition, die sie mit Bruder Thomas Blimlinger, dem langjährigen grünen Bezirksvorsteher von Wien-Neubau, teilt.

Eine hübsche Pointe in ihrem Lebenslauf ist, dass Blimlinger, deren „erstes großes TV-Erlebnis“ im „aus pädagogischen Gründen“ fernseherlosen Elternhaus 1972 auf einem damals extra anlässlich der Fußball-EM und der Olympischen Spiele in München ausverborgten – „und zu meinem Leidwesen wieder re-tournierten“ – TV-Gerät stattfand, später von den Grünen in den ORF-Publikumsrat entsandt wurde. Wenn sie nicht „professionell“ ORF schaut, ist sie „klassische Zapperin“, die sich für die Weihnachtstage die neue Staffel der Queen-Historie *The Crown* vorgenommen hat. Die Weihnachtsekse dazu entstehen gerade in der Küche der begeisterten Bäckerin. Lisa Nimmervoll